

Beschluss der Sozialistischen Partei Deutschlands über die Zukunft der Europäischen Union (19. bis 21. November 2001)

Legende: Auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg am 19., 20. und 21. November 2001 bekräftigt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ihre Unterstützung für die Europapolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder und weist auf die zukünftigen Herausforderungen der europäischen Integration hin.

Quelle: Verantwortung für Europa - Deutschland in Europa -Beschluss E 1 (Parteivorstand) (2001). [ONLINE]. [Berlin]: SPD Parteivorstand, [14.09.2005]. Disponible sur <http://2001.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1084448/index.html>.

Urheberrecht: (c) Vorstand der SPD

URL:

http://www.cvce.eu/obj/beschluss_der_sozialistischen_partei_deutschlands_uber_die_zukunft_der_europaischen_union_19_bis_21_november_2001-de-4955b049-31b3-4ad7-bd33-d037de3af8b0.html

Publication date: 22/10/2012

Beschluss E1: Verantwortung für Europa - Deutschland in Europa (Bundesparteitag, 19. bis 21. November 2001)

Europa steht zu Beginn dieses Jahrhunderts vor historischen Weichenstellungen. Das Gelingen der Erweiterung der Europäischen Union, die Stärkung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Weiterentwicklung der europäischen Integration sind die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Die europäische Integration ist das wichtigste und erfolgreichste politische Projekt in der europäischen Geschichte. Sie begründet Frieden, Sicherheit und Stabilität zwischen ihren Teilnehmern und bringt Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung für Deutschland und die Europäische Union. Deshalb wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alles tun, um diesen Prozess auch im 21. Jahrhundert voranzubringen und weiterzuentwickeln.

Gerade die menschenverachtenden und grauenhaften Anschläge vom 11. September 2001, die gegen alle friedliebenden Menschen und Nationen gerichtet waren, haben gezeigt, dass nur im europäischen und globalen Rahmen die Bekämpfung des Terrorismus wirkungsvoll erfolgen kann. Die SPD unterstützt deshalb die von den Europäischen Institutionen zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffenen Maßnahmen.

Zur weiteren Integration und Europäisierung gibt es keine Alternative. Die Zukunftsfähigkeit der Politik für Deutschland wird auch an dieser Frage entschieden.

Deshalb unterstützt die SPD die erfolgreiche Europapolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder und der von ihm geführten Bundesregierung zur Wahrung der Interessen unseres Landes. Das Wohl unseres Landes lässt sich am wirksamsten in einem vereinten Europa dauerhaft sichern.

Europa ist für uns ein Gesellschaftsmodell basierend auf den Idealen der Aufklärung und des Humanismus. Das europäische Modell der sozialen Demokratie beinhaltet für uns die Verbindung von Freiheit und Solidarität, von Individuum und Gesellschaft, von Leistung und Verantwortung.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen:

- Wohlstand sichern und Beschäftigung erhöhen
- Innovation und Bildung fördern - Das europäische Sozialmodell modernisieren
- Umwelt- und Verbraucherschutz voranbringen
- Innere Sicherheit garantieren
- Bürgerrechte stärken
- Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ausbauen
- Europas globaler Verantwortung gerecht werden
- Europa vereinen
- Aufgaben klar zuweisen
- Die Zukunft Europas demokratisch gestalten

Damit werden wir unseren Beitrag leisten, um im Zeitalter der Globalisierung Kräfte zu bündeln und Aufgaben besser zu verteilen.

Damit werden wir unseren Beitrag leisten, um die Erfolge der Europäischen Union zu sichern und weiterzuentwickeln.

Damit werden wir unseren Beitrag leisten, um die Europäische Union zu reformieren und zu erweitern.

Damit werden wir unseren Beitrag leisten, um in Deutschland dauerhaft Köpfe und Herzen für Europa zu gewinnen.

[...]

9. Aufgaben klar zuweisen

Die historisch gewachsene Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten entspricht nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Mitgliedsstaaten - und in Deutschland auch die Länder und Kommunen - haben im Verlauf dieses Prozesses an politischem Gestaltungsspielraum verloren, obwohl in vielen Bereichen sachgerechte Entscheidungen besser auf ihrer Ebene getroffen werden. Andererseits verfügt die Europäische Union auch heute noch nicht über die Kompetenzen, die zur Wahrung ihrer Interessen auf internationaler Ebene oder zur Wahrung der inneren Sicherheit erforderlich sind.

Dem gegenwärtigen System der Aufgabenverteilung mangelt es an Transparenz und Klarheit. Deshalb ist häufig nicht erkennbar, welche politische Ebene für Entscheidungen verantwortlich ist, die direkt in die Lebenswirklichkeit der Bürger eingreifen. Die Legitimität politischen Handelns auf europäischer Ebene wird damit in Frage gestellt.

Die SPD begrüßt daher, dass es der Bundesregierung gelungen ist, in Nizza die Partner von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf einer weiteren Reformkonferenz der EU im Jahre 2004 eine genauere, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten vorzunehmen. Für den Bürger muss klar erkennbar werden, wer welche Politik zu verantworten hat. Darüber hinaus bedarf es klarer und transparenter Entscheidungswege zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament, die für den Bürger nachvollziehbar sind.

Die SPD fordert daher bei Wahrung des Grundsatzes von Bürgernähe und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten der EU,

- dass durch eine klare Aufgabenzuweisung die politische Verantwortung der europäischen Ebene und der Mitgliedsstaaten in nachvollziehbarer Weise abgegrenzt wird. Das Recht, der EU neue Kompetenzen zu übertragen, muss bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist und bleibt eine Frage der innerstaatlichen Politik;
- dass Vorkehrungen gegen einen schleichenden Kompetenztransfer auf die europäische Ebene getroffen werden. Querschnittskompetenzen, z.B. die Binnenmarktkompetenzen und Wettbewerbsregeln, dürfen nicht zu einer Aushöhlung der Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten führen;
- dass Aufgaben, die durch die Mitgliedsstaaten entsprechend des Subsidiaritätsprinzipes sachgerechter wahrgenommen werden können, auf die nationale Ebene zurückverlagert werden, wenn dies den Binnenmarkt nicht gefährdet. Dies gilt besonders für die Kompetenzen der EU in den Bereichen Agrar- und Strukturpolitik, um den Spielraum für eine eigenständige Regional- und Strukturpolitik der Mitgliedsstaaten

auszuweiten;

- dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten zur Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet bleiben;
- dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, innere Sicherheit und Zuwanderung durch weitere Vergemeinschaftung gestärkt werden, da einzelne Mitgliedsstaaten immer weniger in der Lage sind, ihre Interessen international wirksam zur Geltung zu bringen;
- dass die Transparenz der Entscheidungswege auf europäischer Ebene durch Ausbau der Kommission zu einer starken europäischen Exekutive, durch die weitere Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments mittels Ausweitung der Mitentscheidung und volle Budgethoheit sowie durch den Ausbau des Rates zu einer europäischen Staatenkammer gestärkt werden.
- dass für die Schaffung einer europäischen Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger alle Entscheidungsprozesse von der Planung bis zur Durchführung zugänglich, transparent und nachvollziehbar sind. Europa muss zu den Menschen kommen. Alle relevanten Informationen müssen daher den Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Arbeits- und Lebenszusammenhang verfügbar sein. Hierzu müssen alle Verwaltungen von den europäischen Institutionen über die Mitgliedstaaten bis zu den Kommunen als Ansprechpartner in Fragen der europäischen Politikgestaltung zur Verfügung stehen.
- dass der Ausschuss der Regionen (ADR) als Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gestärkt wird.

10. Die Zukunft Europas demokratisch gestalten

Niemand wusste vor zehn Jahren, wie Europa heute aussieht. Niemand weiß heute, wie Europa in zehn Jahren aussehen wird. Aber damals wie heute gilt: Die Zukunft Europas liegt in den Händen seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir engagiert für eine gute Zukunft Europas streiten.

Besser als jeder Staat für sich allein können wir in Europa gemeinsam unsere politischen Ziele erreichen, oftmals bereits durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und durch nachbarschaftliche Kooperation. Wir müssen aber verstärkt darüber nachdenken, in welchen Strukturen und in welcher Verfasstheit die Zukunftsaufgaben am besten bewältigt werden können.

Dabei geht es nicht um technische Fragen, sondern um Demokratie und Beteiligung.

Gerade Europa ist auf Beteiligung, auf Kritik, auf Zustimmung, auf Diskussion seiner Bürgerinnen und Bürger dringend angewiesen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird dafür eintreten, dass es in Deutschland und in Europa eine öffentliche Debatte über die politischen Ziele der Europäischen Union geben wird.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird dafür eintreten, dass es in Deutschland und in Europa eine öffentliche Debatte über die Struktur- und Entscheidungsmechanismen der Europäischen Union geben wird.

Bei dieser öffentlichen Debatte sind alle gefordert: Bürger und Regierungen, Staat und Gesellschaft, Europäisches Parlament und nationale Parlamente, EU-Kommission und Europäischer Rat, Parteien und Verbände, Städte und Gemeinden.

Wir wollen bei der Stärkung und der Diskussion über die Verfassungsgrundlagen, in die nationale Parlamente und das Europäisches Parlament im Sinne einer echten Parlamentarisierung umfassend einbezogen werden,

- die Charta der Grundrechte in die Verträge einbeziehen und damit einen weiteren Schritt in Richtung einer Europäischen Verfassung machen;
- ein europäisches System der Gewaltenteilung zwischen EP, Rat und Kommission schaffen, welches den Grundsätzen von demokratischer Legitimität, Effizienz und Transparenz entspricht;
- die Verträge und Entscheidungsverfahren vereinfachen und demokratischer gestalten;
- die Wahl des Präsidenten der EU-Kommission durch das von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Europäische Parlament. In Folge dessen soll die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) für die Europawahl eine Spitzenkandidatin/einen Spitzenkandidaten benennen, die/der für das Amt des Kommissionspräsidenten antritt.
- die Aufgaben zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedsstaaten, den Ländern und Kommunen klarer verteilen;
- die Grundlagen für eine wirkungsvolle Außenpolitik der Europäischen Union schaffen.

Diese Debatte, die in eine Regierungskonferenz 2004 münden wird, ist keine weitere Vorbedingung für die Erweiterung der EU.

Wir treten für die Erarbeitung einer europäischen Verfassung ein. Das kann nur durch eine Konstitutionalisierung unter maßgeblicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelingen. Deshalb unterstützt die SPD, dass zur Ausarbeitung der Europäischen Verfassung ein Konvent eingesetzt wird, in dem vor allem die Völker und Staaten Europas vertreten sind.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich künftig in Europa als einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts daheim fühlen können, wie es der Vertrag über die Europäische Union schon heute verspricht.

Deshalb wird der Europäischen Verfassung die Charta der Grundrechte der Europäischen Union vorangestellt, die die Organe der Europäischen Union und die Organe der Mitgliedstaaten bindet, soweit sie Recht der Union ausführen. Die Europäische Verfassung achtet die gewachsene und in Gesetzen verankerte Ordnung der Mitgliedstaaten, deren Traditionen und kulturelle Eigenheiten. Sie schafft Raum für die eigenverantwortliche Entwicklung der Regionen.

Neben den Aufgaben, die die Staats- und Regierungschef der EU in ihrer Erklärung zur Zukunft der Union für die Reformkonferenz 2004 vorgesehen haben, muss der Konvent auch Vorschläge zum verstärkten Übergang zu Mehrheitsabstimmungen im Rat erarbeiten. Dies kann die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union nachhaltig verbessern. Die Staaten und Gesellschaften der Beitrittsländer sind in diesen auf Nizza folgenden Prozess ausdrücklich einbezogen.

Wir sind und bleiben zuversichtlich, wenn es um die Zukunft Europas geht:

- Wir werden in zehn Jahren in einem Europa leben, dass größer sein wird als heute und dass enger verflochten sein wird als heute.
- Wir werden in zehn Jahren in einem Europa mit einer Verfassung leben.
- Wir werden in zehn Jahren in einem Europa mit einer Währung leben.
- Wir werden in zehn Jahren in einem Europa mit gemeinsamen Werten und vielen verschiedenen Sprachen und Kulturen leben.

Dafür werden wir zusammen mit unseren europäischen Schwesterparteien eintreten.

Die SPD wird auch in Zukunft ihren Beitrag für eine starke und effiziente Sozialdemokratische Partei Europas leisten.

Zur Lösung der entscheidenden Zukunftsfragen brauchen wir Fortschritte beim Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit.

Je wichtiger die Europäische Union wird, desto bedeutsamer wird die Weiterentwicklung der SPD, langfristig auch als Mitglieder- und Programmpartei. Das Prinzip „Demokratie braucht Partei“ gilt nicht nur für jedes einzelne Mitgliedsland. Es gilt auch bei der Vertiefung der europäischen Integration. Deshalb wird die SPD ihre Anstrengungen verstärken, um die Verständigungsprozesse in der europäischen Sozialdemokratie über Grundwerte, Ziele, strategische Schlüsselprojekte und aktuelle Politikfelder voranzubringen. Nur eine starke europäische Sozialdemokratie hat wirklich die Kraft, ein Europa des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen und zu erhalten.